

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-0623/08  
von Karl von Wogau (PPE-DE)  
an die Kommission

Betrifft: Ausschreibungspflicht im Bereich von Schulbüchern bei Preisbindung

Die Schulen in Deutschland sind zur Ausschreibung der Aufträge für die Anschaffung von Schulbüchern verpflichtet, sobald die vorgesehenen Beträge überschritten werden. Gleichzeitig soll durch die Preisbindung bei Büchern unter anderem die kulturelle Vielfalt im Bereich der Bücher und Buchhandlungen erhalten bleiben. Das führt in der Praxis dazu, dass Schulen ihre Aufträge ab einem bestimmten Volumen öffentlich ausschreiben müssen und damit einen zusätzlichen bürokratischen Aufwand betreiben müssen. Gleichzeitig ist durch die Preisbindung klar, dass alle Angebote dieselben Beträge ausweisen werden. Allerdings besteht die Gefahr, dass durch die Losvergabe Buchhandlungen von außerhalb zum Zuge kommen können und dadurch die Buchhandlungen vor Ort geschwächt werden.

Ist die Europäische Kommission der Auffassung, dass der bürokratische Mehraufwand in diesem Fall gerechtfertigt ist, obwohl keine wirtschaftlichen Vorteile zu erzielen sind?

Ist die Europäische Kommission der Ansicht, dass die Ausschreibungspflicht für Aufträge im Bereich der Buchpreisbindung aufgehoben werden kann?